Unsere Partei hat diese politischen Konsequenzen nicht gezogen aus Gründen der Wahlpropaganda, sondern aus der Uberzeugung, daß die Voraussetzung einer sozialistischen Gesellschaft die Gleichberechtigung aller ihrer Mitglieder ist. Ohne politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frauen und der Arbeiterschaft insgesamt ist kein Sozialismus möglich.

Aber, und das möchte ich den deutschen Frauen von dieser Plattform aus hier zurufen: Ohne Sozialismus ist auch keine Gleichberechtigung der Frau möglich! (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Ich erteile jetzt dem Genossen Adolf Schönfelder das Wort zum Bericht der Kontrollkommission.

Adolf Schönfelder, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Auch ich kann wie die Genossin Herta Gotthelf mit einer Feststellung beginnen, aber nicht mit einer bedauerlichen, sondern mit einer freudigen, und zwar mit der Festsiellung, daß seit dem letzten Parteitag bei der Kontrollkommission Beschwerden über den Parteivorstand oder andere Organe der Partei nicht eingegangen sind. (Beifall.) Die Kontrollkommission hat in regelmäßigen Abständen sich vom Parteivorstand berichten lassen über die geschäftlichen, finanziellen und organisatorischen Verhältnisse in der Partei. Sie hat sie gründlich mit dem Parteivorstand besprochen, sie hat die Kassen revidiert und hat, wie dies die Unterschriften im Jahrbuch bestätigen, festgestellt, daß Bücher und Kassen in Ordnung sind. Ich kann deshalb in aller Form beantragen, im Namen der Kontrollkommission dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen.

Ich darf noch ein paar kurze Bemerkungen anschließen und möchte mit Nachdruck einige Ausführungen des Genossen Nau seitens der Kontrollkommission unterstützen. Es handelt sich um die finanzielle Lage unserer Partei. Der Genosse Nau hat nicht gerade über schlechte finanzielle Verhältnisse gejammert, das würde auch dem Bilde, wenn wir uns mit anderen Organisationen vergleichen, nicht entsprechen. Aber die Finanzen der Partei sind mit der Organisation die Grundlage unseres Strebens, neben den Idealen, die wir zu verfechten haben. Aber sie sind doch das Kraftzentrum, aus dem wir schöpfen müssen, wenn wir den Kampf für unsere Ziele führen wollen. Man könnte auf den Gedanken kommen, daß bei allen Aufgaben, die uns gestellt sind, es eigentlich nötig wäre, eine Besserung der Finanzen durch Beitragserhöhung zu erreichen. Aber ich möchte zum Ausdruck bringen, daß auch ich der Meinung bin, daß eine finanzielle Besserung unserer Finanzen möglich wäre durch eine Besserung unserer Kassierung. Wir haben dafür Sorge zu tragen, daß nicht durch Fluktuation oder durch andere Verhältnisse uns Mitglieder verloren gehen. Das ist das wichtigste, was wir zu tun haben.

Dann möchte ich noch auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen, nämlich auf eine sorgfältigere Kassierung der höheren Beiträge. Die Staffelbeiträge sind Pflichtbeiträge. Ich weiß, daß es einigermaßen schwierig ist, bei Genossen, die im freien Beruf leben, die reine Privatpersönlichkeiten sind, die höheren Beiträge durchzusetzen. Wir werden das mit großer Sorgfalt übernehmen und durchführen müssen. Aber wir werden doch mit Nachdruck fordern müssen, daß alle Genossen, die durch die Partei in besser besoldete Stellungen gekommen sind, in erster Linie ihre Pflicht tun. (Lebhafter Beifall.) Die Genossen haben berichtet, daß es in dieser Beziehung schon besser geworden ist, aber ich glaube, es muß noch besser werden, und das kann nur dem Wohle der Partei dienen. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Genossinnen und Genossen! Ich danke dem Berichterstatter der Kontrollkommission. Wir treten jetzt in die Diskussion ein. Ich mache aufmerksam auf die Ziffern 6 und 7 der Geschäftsordnung. Ich bitte, schriftliche Anträge heraufzureichen. Als erste Rednerin hat das Wort die Genossin Jeannette Wolff. Ihre Redezeit beträgt zehn Minuten. Dann folgt der Genosse Gerlach aus Göttingen.

Jeannette Wolff, Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich habe einiges zu den Ausführungen des' Gen. Heine zu sagen, nicht, weil ich diese Ausführunger angreifen, sondern unterstreichen möchte. Da der Genosse Heine von kommunisti-
schen Tarnorganisationen sprach, die verschiedenen unserer Mitglieder noch Sand in die Augen zu streuen vermögen, möchte ich auch darauf hinweisen, daß es noch eine Reihe von anderen Tarnorganisationen gibt, in denen unsere Genossen oft ihre besten Kräfte vergeuden, ohne daß etwas dabei herauskommt. Das liegt aber nicht etwa daran, daß unsere Genossen nicht Befriedigung in der Parteiarbeit finden, sondern, daß man nicht das notwendige Verständnis und die notwendige Fühlung zueinander findet gerade mit denjenigen, die in der Zeit des Nationalsozialismus als Kämpfer in den ersten Reihen gestanden haben. Diese Opfer sind heute, fünf Jahre nach der Beendigung der Nazizeit, noch nicht im Besitz einer irgendwie auch nur gearteten Wiedergutmachung, es sei denn in einer Rente und in dem, was in einigen Ländern, wie Nordrhein-Westfalen usw., herausgekommen ist. Wir haben auf einer Konferenz, die wir letzthin vom Parteivorstand hatten einberufen lassen, auch die Frage der Agitationen mit in die Debatte gezogen. Es wäre vielleicht sehr gut, wenn bei führenden Genossen das Verständnis für die Genossen, die in der Nazizeit hier sehr viel gelitten haben und empfindlich geworden sind, größer wäre und wenn, wie es auch der Genosse Kurt Schumacher tun mußte, positiver zu den Fragen Stellung genommen würde, die diese Genossen interessieren. Es wäre manchmal gut, wenn Außerungen in der Offentlichkeit unterblieben, die, falsch ausgelegt von den Gegnern, die Krise des Mißtrauens noch verstärken. Ich habe dazu folgendes zu sagen: Je mehr man selbst-in der Partei arbeitet, um so mehr hat das Wort Gewicht, das man ausspricht. Aber ich möchte doch anraten, gerade mit denjenigen, die als Opfer aus der Nazizeit wirklich bewiesen haben, daß sie Demokraten sind, in engere Verbindung zu treten, damit sie sich nicht noch in einer kommunistischen, oder auch aus verschiedenen ganz durchsichtigen Gründen aufgezogenen Organisationen befinden, die ein Herr Lütsches (CDU) aufgezogen hat. Ich möchte unseren Genossen nur sagen, daß diese Organisationen uns nur als Aushängeschild benutzen, weil sie in ihren eigenen Reihen Resonanz für eine solche Organisation schon deshalb nicht finden, weil in ihren eigenen Reihen viel weniger Kämpfer aus der Nazizeit, als entbräunte Nazis vorhanden sind. (Bravo.) Deshalb ist in solchen Organisationen für Sozialdemokraten kein Platz. In der Partei können wir das durchsetzen, was nun endlich im Interesse der Opfer aus der Nazizeit durchgesetzt werden muß. Ich möchte den Genossen, die heute noch zweifeln, sagen: Je weiter man von der Ostzone und von Berlin wohnt; um so stärker ist man geneigt, die Wölfe in Schafskleidern zu sehen.

Ich habe einen Bericht vorliegen, der die Presse noch nicht passiert hat. Ich werde keine Namen nennen. Der Bericht kommt aus der Ostzone. Ich möchte allen Genossinnen und Genossen diesen Bericht als Warnung mitgeben, falls sie noch dazu neigen sollten, irgendeiner Organisation beizutreten oder ihre Kraft zu geben, der Menschen angehören, die das System der Ostzone gutheißen. Ebenso wie wir uns des öfteren über die Kriegsgefangenen empört haben und gar nicht genug empören können, möchte ich Ihnen diese Mitteilung nicht vorenthalten: „Am 25. 4. 1950 sind 480 Frauen aus verschiedenen Gebieten der Sowjetzone zum Arbeitseinsatz im Uranbergbau-Objekt hier eingetroffen. Sie sind in Massenunterkünften untergebracht, je 50 bis 90 Frauen in einem Raum. Es herrscht viel Zank. Schlechte Vérpflegung und Diebstähle sind an der Tagesordnung. Das Mobiliar ist mehr als primitiv. Es fehlen Schränke zum Wegschließen der Sachen." Die Personen, die dort eingesetzt werden, sind unglücklich, weil sie nicht wieder zurückkönnen und auch nicht einmal die Möglichkeit haben, ihre Angehörigen zu benachrichtigen. Für Mai/Juni werden 50000 Personen aus der Uckermark für den Einsatz in Annaberg und Aue erwartet.

Bei diesen Personen handelt es sich insbesondere um zwangsverpflichtete Arbeitssuchende, für die nur die Alternative besteht: Entweder Uranbergbau oder keine Unterstützung. Ich möchte noch hinzufügen, daß diejenigen Arbeiter im Uranbergbau, die sich verpflichten, in der Volkspolizei Dienst zu tun, vom Uranbergbau befreit werden. An ihre Stelle werden Frauen eingesetzt, gleich welchen Altersi, gleich ob sie Mütter sind, oder ob sie Kinder zu Hause haben oder nicht.

Aus diesem Grunde hat man die sogenannte Bergpolizei - in Wirklichkeit Volkspolizei - abgelöst, weil sie nicht genügend Härte gegenüber den Zwangsverpflichteten aufbrachte. Diese Organisation ist durch die NKWD-Leitung ersetzt worden. Ich glaube, Genossen, mehr brauche ich zu diesem Punkt nicht zu sagen, um alle Genossen im Lande, die heute noch schwanken, ob sie einer Organisation angehören können, in der Kommunisten vorhanden sind, zu veranlassen, sich aus diesen Organisationen zurückzuziehen. Wir haben Nein zu sagen zu den Organisationen, die lediglich darauf ausgehen, uns als Aushängeschilder zu haben und wertvolle Kräfte aus unserer Partei herauslocken. Die Partei ist dazu da, zu arbeiten und zu kämpfen!

Wir erwarten, daß Sie im Interesse der Nazi-Verfolgten das genügende Verständnis für unsere Arbeit aufbringen. Nun möchte ich noch ein paar Worte zur Frage der Frauenorganisation sagen. Genossin Hertha Gotthelf sagte, daß die Frauenorganisationen in erster Linie deshalb zurückgegangen seien, weil nach der Währungsreform die Menschen nicht mehr zahlungskräftig gewesen seien. Gestatten Sie mir aus der Erfahrung heraus zu sagen, daß wir neue Bahnen bei der Frauenwerbung beschreiten müssen. Die bisherigen Bahnen sind ausgetreten und alt geworden. Wir können nicht dort anknüpfen, wo wir 1933 aufgehört haben. Die Tagesfragen und Nöte der Frauen müssen auf neuen Wegen diskutiert werden, und zwar auf der Basis: Ihr fragt! Wir antworten! Ich glaube, dann brauchen wir uns nicht zu beklagen, daß die Frauen nicht zu uns kommen. (Lebhafter Beifall.)

Felix Kraft: (Zur Geschäftsordnung!) Genossinnen und Genossen, es ist mir bekannt, daß zu diesem Tagesordnungspunkt eine Reihe weiterer Anträge eingegangen sind. Ich halte es für notwendig, daß diese Anträge zunächst verlesen werden und möchte das dem Präsidium vorschlagen.

Erich Gerlach, Göttingen: Liebe Genossinnen und Genossen, Organisationsfragen gehören zu den zentralen politischen. Fragen für eine sozialistische Partei. Die Organisationsform darf deshalb nichts Starres sein, sie muß sich den Notwendigkeiten unseres Kampfes elastisch anpassen, damit jeweils alle Kräfte für den Sozialismus in Bewegung gesetzt werden, die mobilisiert werden können und mobilisiert werden müssen. Diesem Ziel will ein Antrag des Unterbezirks Göttingen, eingebracht durch den Bezirk Hannover, dienen. Dieser Antrag sieht vor, daß in unserer Partei die kollektive Mitgliedschaft von Organisationen zugelassen werden soll. Da der Antrag noch 'nicht bekannt ist, darf ich ihn vielleicht verlesen, Genosse Vorsitzender? (Genosse Meitmann: Bitte.)
"Organisierte Gemeinschaften, die in Praxis und Theorie die Grundsätze der Partei anerkennen, können die Kollektivmitgliedschaft der SPD erwerben. Kollektive Mitglieder haben nicht die Rechte eines Einzelmitgliedes der Partei, sie sind nur vom Unterbezirk ab nach oben in der Delegiertenversammlung vertreten. Zehn Mitglieder einer organisierten Gemeinschaft, für welche der Jahresbeitrag entrichtet wird, gelten als eine Stimme im Sinne des Einzelmitgliedes. Dieses Stimmrecht kann nur von solchen Mitgliedern der kollektiven Mitgliedschaften vertreten werden, die gleichzeitig Einzelmitglied in der Partei sind."
Liebe Genossen, wir wissen, daß das etwas Neues ist und deshalb wollen wir auch diesen Antrag hier heute nicht zur endgültigen Abstimmung stellen. Wir haben inn so formuliert, daß der Parteitag heute nur beschließen möge, diese Frage in der Partei zu diskutieren.

Gestatten Sie mir nun einige Bemerkungen und Gesichtspunkte zur Begründung dieses Antrages. Unsere heutige Parteiorganisation ist eine große demokratische, zentralisierte Organisation von Einzelmitgliedern zur Erreichung politischer Ziele. Diese Organisationsform ist der unabdingbar notwendige Kernbestandteil jeder sozialistischen Organisation. Sie ist das Instrument zur Eroberung der politischen Macht. Aber wir glauben, daß sie nicht ausreichend ist, um der Totalität möglicher sozialistischer Aktivität Raum zu geben, denn sie ist in erster Linie eine Organi-
sation der politischen Kämpfer für den Sozialismus. Der Kampf für den Sozialismus muß aber auch in allen anderen Bereichen unseres gesellschaftlichen und kulturellen Lebens geführt werden. In allen diesen Lebensbereichen stehen sich reak-tionär-konservative und fortschrittliche Kräfte gegenüber. Diese fortschrittlichen Kräfte, mögen sie bewußt sozialistisch sein oder nicht, sind im Letzten unsere Kräfte, und wir müssen sie wecken und zur Entfaltung bringen. Das können wir nicht allein in den Begriffen des politischen Kampfes, sondern das muß geschehen in den Ausdrucksformen, die in diesen anderen Schaffensbereichen üblich sind. Wir können nicht erwarten, daß die fortschrittlichen Menschen dieser verschiedenen Gebiete, Maler, Wissenschaftler, Lehrer, Architekten usw., primär politische Menschen sind. Wir wollen und können sie auch nicht in ihrem Schaffen irgendwie politisch bevormunden. Trotzdem sind diese Gruppen außerordentlich wichtige Verbündete für uns und ihr Kampf ist im Letzten unser Kampf. Wir müssen das diesen Gruppen bewußt machen, und wir müssen uns dessen selber bewußt werden. Ich möchte nur auf die außerordentliche Bedeutung der Erziehung und Beeinflussung des Menschen durch das Unbewußte hinweisen.

Wir sind ja alle zunächst durch irgendwelche Impulse Sozialisten geworden, und haben dann angefangen, Marx oder Keynes zu studieren. Die Bedeutung dieser Probleme wird noch klarer, wenn wir uns einmal der außerordentlichen Isolierung vergegenwärtigen, in der sich das fortschrittliche, sozialistische, politische Denken im geistigen Raume des heutigen Deutschlands befindet. Auf allen Gebieten haben wir eine Wiedergeburt reaktionär-konservativer Strömungen in einem Ausmaß, wie wir sie 1945 nicht erwartet haben. Diese Wiedergeburt reaktionären Denkens ist ein außerordentlich ernst zu nehmendes Hindernis für die Ausweitung unseres Einflusses. Die Gegenkräfte können nicht allein von der politischen Organisation geschaffen werden. Wir glauben deshalb, daß wir Raum schaffen müssen für Gruppen, die in einer lockeren Bindung zu uns diese Arbeit mittun. Ich darf meinen Gedanken an einigen Beispielen illustrieren. 1945 haben wir uns vorgestellt, daß wir aus den Trümmern das Gesicht des neuen Deutschlands in echten, unserer Zeit gemäßen Bauformen gestalten würden. Praktisch wird aber heute dieser Wiederaufbau zu einem großen Teil von denselben alten Bauräten durchgeführt, die im Dritten Reich Pauernromantik oder Kasernen mit klassisch griechischer Fassade gebaut haben. Diese Herren haben sogar einen sehr erheblichen Machtzuwachs erfahren, da der Wiederaufbau Deutschlands zum großen Teil aus öffentlichen Mitteln durchgeführt wird, und die Baubürokratien es als ihr Standesprivileg ansehen, die öffentlichen Gelder zu verplanen. Das Schlimme dabei ist, daß wir uns die Bedeutung dieser Entwicklung nicht genügend bewußt machen, daß viele von uns noch lernen müssen, daß Bauen nicht nur eine technische, sondern auch eine geistige Angelegenheit ist. Hier eine Front zu bilden, wäre m. E. eine hervorragende sozialistische Tat.

Ebenso wäre'es von außerordentlicher Bedeutung, wenn wir Gruppen Raum geben würden, die wissenschaftlich am Gedankengut unserer Partei arbeiten. Universitäten haben wir nicht zur Verfügung. Unsere Stellung ist hier schwächer als sie vor 1933 gewesen ist. Und ich könnte Ihnen nicht wenige Fälle vortragen, in denen man durchaus im Einklang mit den Gesetzen und mit den Berufungsvorschriften junge sozialistische Privatdozenten nicht zum Zuge kommen läßt.

Ich möchte aber vor allen Dingen hinweisen auf die außerordentliche Bedeutung, die die Fabian Society für das sozialistische Experiment in England gehabt hat, ohne mich mit ihrer politischen Theorie oder ihrem sozialistischen Zielbild zu identifizieren. Ich glaube, daß hier wichtige Arbeit geleistet wird, und daß diese Arbeit nicht von Fachausschüssen allein getan werden kann. Ausschüsse können außerordentlich gute Expertengutachten abgeben, aber sie können nicht den fruchtbaren Gedankenstrom schaffen, den wir gerade jetzt in einer sich stẳndig veränderlichen Welt dringend brauchen.

Es könnten so geistige Laboratorien entstehen, in denen die Gedanken auch in der zunächst unvermeidlichen einseitigen und unreifen Form ausgesprochen und zur

Diskussion gestellt werden können, ohne daß sich die Partei auf der politischer Ebene mit ihnen belastet. Die Partei kann nicht für alles das die Verantwortung übernehmen, was in der Diskussion gesagt werden muß. Aber deshalb muß doch diskutiert werden. Die Partei soll sozusagen das gültige Resultat des Experiments übernehmen können, sie soll aber für das Experiment selber nicht verantwortlich gemacht werden können.

Noch einen Punkt in Andeutung: Wir werden dazu kommen müssen, in den gesellschaftlich-sozialen Raum einmal Inseln sozialistischen Lebens und Wirtschaftens hineinzubauen. Ich denke z. B. an genossenschaftliche Wirtschaftsformen. Für alle solche möglichen Entwicklungen müssen wir Raum schaffen. Wir müssen alle vorhandenen Kräfte in ihrer Vielfalt wecken. Aus diesem Grunde - ich muß schließen - möchte ich zusammenfassend sagen: Alle Kräfte, die wir für den Sozialismus einsetzen können, zu wecken und zu mobilisieren, der Partei neue Möglichkeiten der Entfaltung zu geben, das ist der Sinn dieser vorgeschlagenen neuen Organisationsform. Ich bitte Sie, unseren Antrag dahingehend zu unterstützen, daß die Partei diese Fragen diskutiert. (Beifall.)

Vorsitzender Schönfelder: Das, Wort hat jetzt Felix Kraft, Göttingen. Ihm folgt Johannes Müller, Köln.

Felix Kraft, Göttingen: Es ist bedauerlich, daß die neu gestellten Anträge zum Organisationsstatut nicht verlesen worden sind, weil ich mehr oder weniger auf einige der darin enthaltenen Gedanken eingehen wollte. Zunächst möchte ich ein gewisses Mißfallen zum Ausdruck bringen. Wir haben bei diesem Tagesordnungspunkt mitzuentscheiden über unser neues Organisationsstatut. Das Organisationsstatut - und gewissermaßen verbunden mit einem Parteiprogramm - bilden das Grundgesetz der Partei. Ich muß bedauern, daß das Organisationsstatut wegen seiner Bedeutung mehr den Rang eines einfachen Antrages einnimmt und hier inmitten der andern Anträge in kürzester Zeit seine Erledigung finden soll. (Zuruf: Sehr richtig!) Es wäre viel wichtiger gewesen, in Anbetracht seiner Wichtigkeit, daß dieser Punkt besonders behandelt worden wäre.

Mir ist bekannt, daß einige der gestellten Anträge, die nicht bekannt sind, darauf Bezug nehmen. Es scheint mir doch notwendig zu sein, um diese Anträge auch einer ordentlichen Erledigung zuführen zu können, daß sie vielleicht nicht überschnell zur Entscheidung kommen, sondern daß hierzu noch eine besondere Zeitspanne der Unterhaltung darüber eingeräumt wird. Ein mir bekannter Antrag bezieht sich auf die Möglichkeit der Änderung unseres Organisationsstatuts auf dem nächsten Parteitag. Er sieht vor, weil in der $\cdot$ Kürze der Zeit eine tiefschürfende und eingehende Erörterung nicht mehr möglich ist, daß für eine Anderung des Organisationsstatuts auf dem nächsten Parteitag nur die Hälfte der Parteitagsdelegierten notwendig sein soll. Ich glaube, es ist notwendig, daß dieser Antrag unterstützt wird.

Ein Problem in der Partei scheint mir auch zu sein die Funktion unserer Ortsvereine. Wir haben durch den Mund des Genossen Franke vernommen, daß unsere Mitgliederbewegung, besonders gegenüber 1933, einen kleinen Vorsprung aufweist. Ich muß aber zum Ausdruck bringen, daß wir damit auf keinen Fall zufrieden sein können. Wir müssen bedenken, daß in gewisse Zonen Millionen Menschen aus, der Ostzone eingeströmt sind, darunter auch sehr viele Sozialdemokraten. Infolgedessen glaube ich, daß es durchaus notwendig ist, sich sehr eingehend, in Anlehnung an die Unterhaltung von Herne, über das Organisationsproblem zu unterhalten. Da erscheint es mir wichtig und durchaus möglich zu sein, in viele kleine Ortsvereine, in die vielen kleinen Zellen der Partei das Leben und Treiben hineinzubringen, welches notwendig ist. Ich glaube, daß die Ergebnisse, die die Ortsvereine in der Gestaltung der Werbung für die Partei bisher erzielten, wenig ermunternd gewesen sind. Ich erhebe hiermit keinen Vorwurf gegen Parteivorstand und Parteiausschuß, bin aber der Meinung, daß die Zeit gekommen wäre, in der wir wieder zu einer anderen Art der Gestaltung unseres Parteilebens übergehen sollten. Ich meine, daß es notwendig ist, diese wichtige Frage unmittelbar der Gesamtpartei zur Erörterung zu übergeben. Ich glaube, daß eine Förderung der Willensbildung
der Partei in dieser Hinsicht durchaus ermöglicht werden müßte, damit in die teilweise funktionslosen Ortsvereine und unteren Zellen etwas Leben hineinkommt.

Es ist mir bekannt, daß diese Erscheinungen nicht nur eine Angelegenheit des Bezirkes ist, sondern sie sind mehr oder weniger in unserer Gesamtpartei vorhanden. Tatsache ist, daß der Parteiausschuß in Herne mit dem Parteivorstand Richtlinien herausgegeben hat, und dies bestätigt schon, daß wir in der Organisationsform noch einiges nötig haben. Ich möchte auch behaupten, daß, soweit mir bekannt ist, in einigen Bezirken den kleinsten Zellen unserer Partei, den Ortsvereinen, zu wenig Geldmittel zur Verfügung stehen. Auch hier müßte die Gesamtpartei überlegen, ob es nicht möglich ist, hier eine Änderung herbeizuführen. Ich gebe zu, daß beispielsweise der Parteivorstand gewaltige Ausgaben hat. Aber die kleinen Ortsvereine werden meist mit sehr kleinen Anteilen abgespeist. Die Ortsvereine sind es, die die Mitglieder erfassen und mit der Partei verbinden. Die Mitglieder sollen doch an der Parteiwillensbildung mitarbeiten. Diese kleinen Zellen dürfen keine blutleeren Gebilde sein, sondern müssen erheblich zunehmen und das gesamte Parteileben befruchten. Es ist nicht so, wie vorher der Genosse Heine zum Ausdruck brachte, daß morgen große Probleme erörtert werden. Ich glaube, daß er damit meinte, heute würden keine großen Probleme zur Debatte gestellt. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß überall dort, wo wir über eine gute Organisation verfügen, auch mit den Erfolgen der Partei besser dastehen als an anderen Stellen. Ich bin der Meinung, daß wir zukünftig in der Gestaltung der organisatorischen Verhältnisse in den kleinsten Zellen mehr tun müssen. Unsere große Politik ist erhaben. Da haben wir weiter nichts hinzuzufügen. Aber der Kampf um den Sozialismus wird nur dann einmal erfolgreich sein, wenn die große Idee getragen wird von einer großen Sozialdemokratie, von einer großen machtpolitischen Orgenisation unserer Partei.

Vorsitzender Schönfelder: Jetzt tolgt der Genosse Johannes Müller, Köln. Aber ich unterbreche die Diskussion und bitte den Genossen Nau, den Bericht von der Sammlung für die verunglückten Bergleute zu geben.

Alfred Nau (Parteivorstand): Genossinnen und Genossen! Das Ergebnis der Sammlung für die Opfer von Gelsenkirchen liegt vor. Der Parteitag spendete durch Opfer seiner Delegierten und Gäste insgesamt den Betrag von 9 992,85 DM. (Beifall.) Wir werden noch heute diesen Betrag nach Gelsenkirchen überweisen, um die Summe dem Oberbürgermeister der Stadt für die Opfer zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Schönfelder: Ich darf wohl im Namen des Präsidiums den Delegierten für diese hochherzige Spende Dank sagen und erteile dem Genossen Müller, Köln, das Wort.

Johannes M üller, Köln: Genossinnen und Genossen! Als Delegierter des Bézirks Mittelrhein möchte ich zu dem Antrag 14, der die Einführung einer Kulturmarke zum Ziele hat, einiges sagen. Der Genosse Nau hat uns erklärt, daß der Vorstand die Ablehnung des Antrages befürwortet.

In dem Wortlaut des Antrages, wie er Ihnen gedruckt vorliegt, ist die Begründung eigentlich schon enthalten. Es heißt dort: Der Ertrag dieser Kulturmarke ist zweckgebunden und steht ausschließlich für kulturpolitische Arbeit, Schulung usw. zur Verfügung. Dazu einige ergänzende Bemerkungen, die allerdings etwas aus dem Rahmen des Organisatorischen und Finanziellen, das uns jetzt beschäftigt, herausfallen. Kultur bedeutet im allgemeinen Sinne Pflege, Veredelung, Weiterzüchtung. In unserem Falle geht es um die Pflege, Veredelung, Weiterentwicklung des sozialistischen Gedankengutes. Die sozialistische Idee war einst eine Einheit. Sie hat sich aufgespalten in mehrere sich bekämpfende Zweige. Das ist ein bedauerlicher aber natürlicher Vorgang. Wir stehen zur sozialdemokratischen Richtung. Es dürfte aber darauf ankommen, grundsätzlich und eingehend $z u$ untersuchen, ob mit den Mitteln der Demokratie, die wir befürworten, die Einführung und Erhaltung sozialistischer Gesellschaftszustände möglich ist. Dazu bedarf es auch in unseren Reihen gründlichster Erforschung der einschlägigen Probleme. So wünschen wir als Antragsteller, daß die Mittel, die bei Annahme des Antrages einkommen, dazu
verwandt werden, Institutionen zu schaffen, die in erster Linie der Forschung dienen. Es genügt nicht, daß wir nur Tagespolitik betreiben, und sei sie noch so erfolgreich. Es handelt sich um große, überragende Ideen, die für die nächste Zukunft Gültigkeit haben sollen.

Das Zweite, was wir wünschen, das erreicht werden möchte, ist die Einrichtung einer großzügigen Schulung in unserer Partei. Da möchte ich anknüpfen an die Bemerkung des Genossen Nau, daß man die Schulung den Bezirken überlassen sollte. Das würde bedeuten, daß es bei dem bisherigen Zustand bleibt. Darüber sind wir uns alle klar. Wir sollten in erster Linie an die Schulung unserer Funktionäre in den Parlamenten und Verwaltungen der Gemeinden, der Kreise, der Städte, der Länder und des Bundes denken. Man hat in den letzten Monaten häufiger gehört, das Niveau der Länderparlamente hätte sich verflacht dadurch, daß man Kräfte herausgezogen habe, die nunmehr auf Bundesebene tätig sind. Ich weiß nicht, inwieweit das stimmt. Es dürfte immerhin möglich sein. Dann müssen wir aber auch dafür sorgen, daß überall Nachschub zur Verfügung steht. Wer in den letzten Jahren zu uns gekommen ist, muß die Möglichkeit haben, die Grundsätze sozialdemokratischer Politik kennenzulernen.

Wir denken weiter an die Schulung unserer angestellten Funktionäre, unserer Parteisekretäre. Diese Genossen entwickeln sich, sofern sie sich selbst überlassen bleiben, zu reinen Organisationstechnikern. Sie sollten aber auch Führer im ideologischen Sinne sein. Und dazu bedürfen sie einer gründlichen Schulung.

Sie werden durch die Presse erfahren haben, daß im Augenblick im Landtag für Nordrhein-Westfalen eine Landesverfassung beraten wird. Die Pläne der CDU werden von der FDP, die sich sonst uns irgendwie kulturpolitisch verwandt fühlt, weitgehend unterstützt. Unsere Gegner beabsichtigen, aus dem größten Land im Bundesgebiet einen Kirchenstaat erster Ordnung zu machen. Das wird Tatsache werden, wenn der vorliegende Entwurf der Landesverfassung durchgeht. Angesichts dieser Sachlage müssen wir auch an die uns nahestehenden Berufspädacogen denken. Wenn wir es nicht verstehen, diese Leute an uns zu fesseln, sind sie für uns verloren. (Sehr richtig.) Sie können nicht nur durch den Apparat unserer Partei, sondern in erster Linie durch die Idee angesprochen werden.

Wir haben auch noch an manches andere zu denken. Erwähnt sei die Frage der Gestaltung von Feiern, seien es Maifeiern, Jubilarfeiern oder ähnliche Veranstaltungen., Sie werden meistens im alten, hergebrachten Sinne aufgezogen. Das Bedauerliche ist, daß sich die jüngeren Menschen nur durch die mit den Feiern verbundenen Tanzveranstaltungen angezogen fühlen, aber nicht durch den Ernst des ersten Teiles. Wir müssen uns eine solche Sache wirklich gründlich überlegen und neue Wege finden. Weiter sei an den Vertrieb von guten Büchern gedacht. Eine Möglichkeit für die Beschaffung von Mitteln besteht auch in der Herausgabe einerillustrierten Zeitschrift.

Der Genosse Nau weist auf die technischen Schwierigkeiten hin, die mit der Einziehung einer Kulturmarke verbunden sind. Ich glaube aber doch, daß diese Schwierigkeit leicht überwunden werden könnte.

Zum Schluß möchte ich noch folgendes bemerken: Nach 1918 und nach 1945 waren viele Menschen bereit, unserer Partei näherzutreten. Ich meine diejenigen, die aus rein ideellen Gründen kamen, nicht die anderen, die sich tarnen wollten. Wo sind sie geblieben? Sie haben sich zum großen Teil wieder verlaufen, weil wir es nicht verstanden haben, sie zu fesseln und weil sie sich mehr oder weniger von dem Apparat abgestoßen fühlten. Wir brauchen aber diese Menschen. Wir können sie nicht allein mit der allgemeinen Organisation, sondern in erster Linie durch geistige Werte an uns fesseln. Unsere Partei darf nicht nur ein machtpolitisches Kraftzentrum sein, sondern muß auch ein kulturpolitisches Kraftzentrum werden. Einen Anfang in dieser Richtung zu machen, sollte der Zweck dieses Antrages sein. Ich bitte Sie trotz der ablehnenden Haltung des Vorstandes um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Wir haben jetzt noch sechs Redner eingezeichnet und müssen unsere Tagung rechtzeitig beenden. Das Präsidium macht den Vorschlag, daß wir heute die Diskussion über die Anträge beenden und die Abstimmung über die Anträge zu Beginn der Dienstag-Sitzung vornehmen. Ich bitte also die einzelnen Redner, sich danach zu richten. Es ist nicht Vorschrift, zehn Minuten zu reden. (Heiterkeit.) Wenn jeder bemüht ist, sich kurz zu fassen, kommen wir mit der Rednerliste durch.

Albert Schneider, Hürth: Genossinnen und Genossen, auch ich möchte bitten, einen Antrag des Vorstandes und des Ausschusses dahingehend abzulehnen, daß Sie den Antrag 17 annehmen. Als wir von dem Ortsverein Hürth den Antrag stellten, daß der Parteivorstand eine Versicherung für die Mitglieder und Funktionäre eingehen sollte, haben wir uns etwas dabei gedacht. Im vergangenen Jahr hatten zwei Genossen von uns, beide Familienväter, ein Gemeindevertreter und ein Kreistagsmitglied, einen Unfall. Der eine ist tödlich verunglückt und der andere ist ein geistiger und körperlicher Krüppel geblieben. Es ist notwendig, daß wir als Organisation für unsere Mitglieder, die sich in den Dienst der Partei stellen, eine Versicherung abschließen, damit sie in einem solchen Falle wenigstens, wie auch die Angehörigen und die Hinterbliebenen, nicht leer ausgehen. Ich bitte deshálb, den Antrag 17 vom Parteitag annehmen zu wollen.

Willi Becker, Düsseldorf: Genossinnen und Genossen, ich habe zu drei Anträgen zu sprechen, aber ich will mich so kurz wie möglich fassen. Der Kreisverband Düsseldorf hat einen Antrag eingebracht, den Sie in der Vorlage unter Nr. 6 finden. Es handelt sich um den Zusatz zu $\S 10$ des neuen Organisationsstatuts, daß die Mitglieder des Parteivorstandes und Parteiausschusses in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffende Fragen nur beratende Stimme haben.

Der Antrag wurde schon vorhin von dem Genossen Franke ablehnend beurteilt. Ich möchte Sie aber trotzdem darauf aufmerksam machen, daß es sich bei diesem Satz um keine neue Erfindung des Ortsvereins Düsseldorf handelt oder um eine neue Formulierung. Sie war bereits im alten Organisationsstatut enthalten. Wir waren der Auffassung, daß es schon aus rein optischen Gründen zweckmäßig sei, wenn ein solcher Zusatz in dem neuen Organisationsstatut enthalten sei. Bestärkt werde ich jetzt durch die Aussage des Genossen Franke, es sei ja eigentlich selbstverständlich, daß in derartjgen Fragen Parteivorstiand und Parteiausschuß sich der Stimme enthalten sollen. Wenn es aber schon selbstverständlich sein sollte, Genossinnen und Genossen, dann bin ich der Auffassung, daß es auch statutenmäßig verankert wird. Im übrigen bin ich der Meinung, was den Vertretern der Bundestagsfraktion recht sein sollte, das müßte eigentlich für den Parteivorstand und -ausschuß billig sein. Es heißt nämlich im gleichen Paragraphen 10 wie folgt: „Die Vertreter der Bundestagsfraktion haben in allen die geschäftsmäßigen Angelegenheiten betreffenden Fragen nur beratende Stimme." Also praktisch das gleiche für die Bundestagsfraktion, was vielleicht für den Parteivorstand und Parteiausschuß nicht hingenommen werden soll:

Genossinnen und Genossen! Ich bitte Sie daher, diesem Antrag zuzustimmen. Wir möchten vom Kreisverband Düsseldorf damit in keiner Weise die Kompetenzen des Parteivorstandes oder -ausschusses irgendwie einschränken, noch soll dadurch ein Mißtrauen ausgesprochen werden.

Des weiteren steht Antrag 7 zur Debatte, der ja bereits von dem Genossen Franke positiv beurteilt worden ist. Aber im engsten Zusammenhang damit steht der Antrag 10. Wir haben beantragt, daß Entwürfe, Tagungsprogramme usw. frühzeitig und in genügender Stückzahl zu drucken sind, und zwar bereits von der zentralen Stelle, dem PV, damit sie sofort bis in die kleinsten Gliederungen der Partei weitergegeben werden können. Dieser Antrag entstand auf Grund der Erfahrungen anläßlich des diesjährigen Parteitages. Sie wissen alle, die Zeitspanne war sehr kurz von der Einberufung bis zur heutigen ersten Sitzung. Es war den größeren Kreisverbänden unmöglich, diè unteren Einheiten - Distrikte usw. - in genügendem Umfang und rechtzeitig mit dem Parteitagsmaterial zu versorgen,
damit noch eine Stellungnahme möglich gewesen wäre. Wenn aber die vorläufige Tagesordnung sowie das sonstige Material innerhalb eines Bezirks oder Kreisverbandes in nur einem Exemplar vorhanden ist, so geht durch die erforderliche Vervielfältigung weitere Zeit verloren und wir kommen überhaupt nicht zu Rande. Und im übrigen ist dies eine Frage der Zweckmäßigkeit und Verbilligung. Wir sind nämlich der Meinung, daß durch einen zentralen Druck erhebliche Geldmitted gespart werden können, die uns für andere Zwecke zugute kommen. Ich bitte Sie daher, auch diesem Antrag zuzustimmen.

Vorsitzender Meitmann: Als nächster spricht der Genosse Mathias Dieck. Es folgt der Genosse Erler, Tuttlingen.

Mathias Dieck, Neuß: Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich mit dem Antrag 5 des Stadtkreises Remscheid befassen. Ich bin zwar nicht aus Remscheid, aber trotz- und alledem möchte ich ein paar Worte gerade zu diesem Antrag sagen. Ich kann verstehen, daß dieser Antrag des Stadtkreises Remscheid beim Parteivorstand gerade keine Gegenliebe gefunden hat. Vielleicht geht dieser Antrag zu weit. Man sollte ihn aber nicht ablehnen, sondern man sollte ihn an den Parteiausschuß weiterleiten. Würden wir ihn ablehnen, dann würden wir vielleicht den Bezirken zumindest den guten Willen nehmen, die Dinge zu ändern. Es ist nämlich eine Unmöglichkeit, das jetzige Verhältnis beizubehalten. Stellen Sie sich vor, daß ich hier fünf Kreise vertreten muß, Landkreise, die vielleicht 25 und 26 kleinste Ortsvereine von sechs und acht Mitgliedern bilden. Sie sind ja für uns so wichtig. Die Städte sind nicht so wichtig wie das flache Land, und dieser Funktionär muß an uns herangezogen werden. Und der Parteivorstand sollte zumindest an die Bezirksorganisationen appellieren, ohne die Mandatszahl zu erhöhen, daß in ihren Bezirken die Verteilung oder Aufschlüsselung eine andere ist, als sie im großen Rahmen der Partei gesehen ist. Ich bitte also und beantrage, diesen Antrag an den Parteiausschuß weiterzuleiten. (Bravo, Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat der Genosse Erler, Tuttlingen. Ihm folgt der Genosse Höhne, Regensburg.

FritzErler, Tuttlingen: Genossinnen und Genossen! Es ist schwer, kurz vor Ende einer Tagung noch zu einer außerordentlich wichtigen Frage Stellung zu nehmen. Statutenberatungen sind Beratungen über die Verfassung der Partei. Das bedeutet, daß sie mit dem ganzen politischen Gewicht betrachtet werden müssen, das einer solchen Beratung zukommt. Es geht hierbei nicht um Formalitäten, sondern es geht wirklich auch um den Inhalt und um die Form unserer politischen Arbeit.

Ich weiß, daß den Parteivorstand eine ernste Sorge bewegt hat, und das ist die Sorge: wie können wir unsere organisatorische und politische Arbeit so straffen, daß der höchstmögliche Nutzeffekt für die Partei dabei erzielt wird,

Das ist die Grundlinie, die dem neuen Organisationsstatut zugrunde liegen soll. Aber ich persönlich - und ich glaube auch im Namen einer Reihe von Freunden sprechen zu können - wir haben den Eindruck, daß man dabei etwas zu viel des Guten getan hat, daß man dabei über das Ziel etwas hinausgeschossen ist.

Nun liegt Euch ein Antrag vor, der, glaube ich, geeignet ist, ohne daß wir jetzt eine eingehende Statutendebatte, wie sie doch einer Verfassung würdig ist, führen müssen, diese Dinge für die Partei trotzdem so zu lösen, daß wir nachher mit einem hieb- und stichfesten Statut ausgestattet sind, gegen das auch innerhalb unserer Parteigliederungen von keiner Seite mehr irgendwelche ernsthaften Bedenken erhoben werden können. Das ist der Vorschlag, der dahin zielt, zu sagen: wir probieren dieses Statut erst einmal zwei Jahre lang aus. Dann entscheiden wir aber noch einmal mit einfacher Mehrheit, damit nicht jede Bestimmung, die wir jetzt verankern; die uns vielleicht nicht gefällt, dann nur noch mit Zweidrittel-Mehrheit wieder umgestürzt werden kann. Damit legen wir uns unter Umständen Fesseln an, ohne uns der Tragweite unserer eigenen Entscheidung ganz bewußt zu sein. (Zuruf: Sehr richtig!)

Ich würde daher bitten, diesem Antrage zuzustimmen, der hier yorliegt und der dahin geht, daß im Paragraphen 32 die Bestimmung aufgenommen wird, daß der
nächste ordentliche Parteitag noch einmal mit einfacher Mehrheit die Bestimmungen ändern kann, und daß sie dann erst gewissermaßen Verfassungskraft haben. Ich würde daher bitten, diesem Antrag zuzustimmen. Unter dieser Voraussetzung können wir uns eine Einzeldebatte sehr vieler anderer Bestimmungen ersparen. Ist das nicht möglich, dann sehe ich keinen anderen Weg, als daß eben dort, wo die Meinungen sich scheiden, hier diskutiert wird, und zwar Artikel für Artikel. Denn das Grundgesetz der Politik haben wir damals Artikel für Artikel verabschiedet und durchgenommen. Dann müssen wir das Grundgesetz unserer Partei genau so, Artikel für Artikel durchexerzieren.

Ich erinnere an die Geschichte der Arbeiterbewegung. Ich erinnere an das Jahr 1903, als eine sehr große Entscheidung von weltgeschichtlicher Bedeutung fiel, nämlich an die Aufspaltung der russischen Sozialdemokratie in zwei getrennte Parteien. Heute wissen wir, was das für eine Bedeutung hatte. Wir haben jetzt die Debatte um die Satzung unserer Partei. Diese Satzungsfrage ist eine entscheidende politische Frage. Sie geht im wesentlichen um folgendes Problem: Ist es möglich, die politische und Aktionseinheit einer demokratischen Partei mit organisatorischen Mitteln allein zu sichern oder muß nicht die politische und Aktionseinheit in der Klarheit über den einzuschlagenden Weg und das damit zu erringende Ziel liegen? Das ist eine ganz andere Sache. Das kann ich mit Statutenbestimmungen - und mögen sie noch so gut gemeint sein - allein nicht machen.

Etwas anderes, was auch zu beachten ist; unsere führenden Funktionäre trifft dabei keine Schuld. Das ist der Verfall der heutigen Zeit, eine bestimmte gesellschaftliche Erscheinung. Ich erinnere Sie dabei an das berühmte Buch über die Revolution der Manager. Wie ist es in einer Zeit der großen technischen Spezialisierung möglich, daß das Volk in demokratischer Weise die Gestaltung des Schicksals in der Hand behält, z. B. die Kontrolle über den staatlichen Regierungsapparat, z. B. aber auch über den eigenen Apparat der selbstgeschaffenen politischen Organisationen? Ich erhebe keine irgendwie gearteten Beschuldigungen. Es gibt gesellschaftliche Notwendigkeiten und eine politische Praxis, die einfach dazu führen, daß die Sachverständigen in der Organisation selbst ein gewisses Ubergewicht bekommen. Wir erleben es im Bundestag jeden Tag, wenn sich die Sachverständigen einmal an den Tisch setzen und die übrigen Abgeordneten darauf angewiesen sind, zu glauben, was jene sagen. Es ist erforderlich, die politischen Dinge herauszuschälen und sie so verständlich $z u$ machen, daß auch die anderen mitkommen. Das ist die Frage, um die es geht. Ich will nicht einen umfangreichen Antrag einbringen, ich will, daß der Artikel 32 auf die Dauer von zwei Jahren suspendiert wird. Ich hoffe, daß die Aufschiebung dieser Bestimmung sich als ein Segen für die Partei auswirken wird.

Ich persönlich habe gewisse Bedenken gegen den übrigen Inhalt des Statuts. Wir können das an Hand von Tatsachen später diskutieren. Die Einzelheiten schenke ich mir.

In diesem Zusammenhang noch ein offenes Wort über das Verhältnis unserer Parteiorganisationen zueinander. Ich möchte deutlich sagen, daß der Vorstand eines jeden Parteiorganes, z. B. der Ortsvereinsvorstand, der Kreisvorstand, der Unter-bezirks- und der Bezirksvorstand, aber auch der Fraktionsvorstand des Bundestages und der Parteivorstand zu ihrer Mitgliedschaft, zu ihrer Generalversammlung und zu ihrem Parteitag nicht in dem Verhältnis einer politischen Fraktion zum Plenum einer Versammlung stehen, in der auch politische Gegner sitzen. Das ist nämlich ein sehr großer Unterschied. Ich will Ihnen sagen, warum ich vielleicht allzu überspitzte Formulierungen bringe. Der Genosse Schumacher bringt auch überspitzte Formulierungen und er wird es einsehen, wenn ein anderer in dieselbe Tugend verfällt.

Ich sage das deshalb, weil es in unserer Partei langsam Mode zu werden beginnt, daß, wenn eine Frage einmal in einem Vorstand entschieden ist mit einem Vorschlag an das allein entscheidungsberechtigte Gremium, alle, die an der Debatte teilgenommen haben, auch wenn sie anderer Meinung waren, nachher sich ver-
pflichtet fühlen, bei der Auseinandersetzung im entscheidenden Gremium nun den Mund zu halten. Das ist falsch, Genossen, denn die betreffende Körperschaft enthält doch das Fleisch und Blut von uns̀ allen. Dann muß man auch dort die Debatte, wenn sie wichtig ist, und nicht nur eine Vorarbeit lediglich technischer Art darstellt, ruhig noch einmal aufgreifen. Es schadet nichts, daß der Vorstand zur Vereinfachung einen Vorschlag macht. Dann soll man aber auch die Alternative sehen und sagen, die Mehrheit war der Meinung und die Minderheit war jener Meinung. Dann darf nicht der Vorstand, sondern dann muß die Partei entscheiden, was ihre Meinung ist. (Beifall.) Die Grundfrage - und das ist der Grund, warum ich Euch wirklich bitte, dieses Statut durch den Artikel 32 zwei Jahre auf Bewährungsfrist zu nehmen - wir sind Demokraten und wir wissen, was es bedeutet, die demokratische Kontrolle auszuüben, - die Grundfrage ist die, sind unsere Organe, sind unsere Vorstände - ich gehöre selber zu einem solchen, trotzdem spreche ich es bewußt aus - sind die Vorstände Organe der Partei oder ist die Partei das Instrument ihrer Vorstände?.(Bravo.)

Vorsitzender Meitmann: Es folgt der Genosse aus Rhein-Hessen.
FranzHöhne, Regensburg: Genossinnen und Genossen, ich hätte zu dem Antrag 12, der einen Generalsekretär für die Organisation fordert, nicht Stellung genommen, wenn nicht die etwas eigentümliche Begründung des Genossen Franke erfolgt wäre, die da sagt: eine solche Funktion stört die Zusammenarbeit der jetzigen Parteivorstandsmitglieder. Sie wollen sich nicht majorisieren lassen. Dieser Gedanke der Majorisation liegt auch dem Antrag nicht zugrunde. Uns bewegt die Sorge um die Partei, weshalb wir einen derartigen Antrag stellen. Wir wissen, daß seit der Bildung der westdeutschen Bundesrepublik die Genossen Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer, die für unsere Organisation und die Politik die wertvollsten Kräfte darstellen, durch ihre Tätigkeit im Bundestag sich nicht mehr in dem Maße wie früher um die organisatorischen Arbeiten bemühen und kümmern können. Aber ich möchte Ihnen bis zum Dienstag Zeit geben, Genossinnen und Genossen, sich diesen Antrag reiflich zu überlegen. Es wird der Einwand erhoben, daß ein Generalsekretär die Zusammenarbeit stört und eine Majorisation verursacht. Ich möchte nicht Bezug nehmen auf die Organe der englischen Arbeiterpartei oder der Gewerkschaften, die auch eine solche Funktion kennen, ich möchte darauf gar nicht einmal Bezug nehmen; aber dennoch sehen wir, daß auch dort eine solche Funktion notwendig ist, um die Referate zu koordinieren. Es geht uns darum, daB die politische Kraft der Partei in eine strategische Linie gebracht wird, auf daß bis ins letzte Dorf hinein die Kraft der Partei durch eine zusammengefaßte Organisation spürbar wird. Dies veranlaßt uns, diesen Antrag zu stellen.

Vorsitzender Meitmann: Das Wort hat der Genosse Günther Markscheffel.
Günther Markscheffel; Mainz: Genossinnen und Genossen! Ich spreche zunächst gegen den Antrag Nr. 6, der hier vorhin befürwortet wurde. Eine Annahme dieses Antrages würde eine Degradierung der von uns gewählten Spitzenfunktionäre bedeuten (Widerspruch: Ach was.) Ich kann mir nicht vorstellen, daß ich einen Funktionär in ein Gremium unserer Partei wähle, dem ich nicht zutraue, daß er auch in geschäftlichen Angelegenheiten unserer Partei ein objektives Urteil fällen kann. Ich bitte daher, auch in den verschiedenen Bezirken, wo ähnliche Anträge auf Bezirksstatutenänderungen vorlfegen, diese Anträge abzulehnen. Jedenfalls in unserem Bezirk werden wir es tun.

Dann, Genossen, bitte ich, im Namen unserer Delegation, den Vermittlungsantrag des Genossen Erler zu akzeptieren, und zwar aus folgendem Grunde. Wir sind ebenfalls mit ihm der Auffassung, daß die Probleme, um deren Lösung wir seit zwei Jahren, vor allen Dingen in den zwei Jahren seit der Währungsreform, ringen, nicht ahein durch organisatorische Maßnahmen gelöst werden können. Wir werden am Schluß des Parteitages ein Referat von Carlo Schmid hören, der uns zu der organisatorischen Diskussion die Möglichkeit einer Uberprüfung unseres ideologischen Standpunktes geben wird. Und erst dann, Genossinnen und Genossen, bin ich der Auffassung, daß die praktische Möglichkeit besteht, die ideologische Ziel-
setzung unserer Partei mit einem den modernen Erfordernissen entsprechenden Organisationsstatut zu untermauern. Denn, Genossen, über eines müssen wir uns klar sein, - ich bin Bezirksvorsitzender und spreche aus der praktischen Arbeit. Es gibt verschiedene Dinge in der Partei, die wir nicht mehr nach den Vorstellungen der Jahrhundertwende, der Zeit des Aufbaues unserer Partei, regeln können. Der Mangel an Aktionsfreudigkeit, der schlechte Besuch von Mitgliederversammlungen, ist nicht nur zurückzuführen auf die Interessenlosigkeit an der Partei, sondern hat auch verschiedene techinische und psychologische Ursachen.

Wenn vor dreißig Jahren ein junger Mensch sich überhaupt um die politischen und ökonomischen Zusammenhänge kümmern wollte, dann mußte er in eine Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei oder der Gewerkschaften gehen. Heute gibt es kaum einen Arbeiterhaushalt, in dem nicht ein Radioapparat steht und wo der betreffende Genosse und der betreffende Interessent sich den besten Redner einer Partei einstelfen und sich über die Problematik der politischen Geschehnisse informieren kann. Er erreicht damit noch etwas sehr Internes, er erreicht damit, daß seine Frau nicht böse ist, wenn er schon wieder einmal ausgeht.

Bei genauer Überiegung ist die Steigerung der Informationsmöglichkeiten einer der Hauptgründe für das Nachlassen des Besuches der politischen Versammlungen. Wer von uns mit der Eisenbahn oder Straßenbahn fährt, wird feststellen können, daß däs politische Interesse vorhanden ist und daß der schlechte Versammlungsbesuch nicht auf Interessenlosigkeit zurückgeführt werden kann.

Schlußfolgerung: Es genügt also gar nicht, wenn wir allein durch irgendwelche rein organisatorischen Verbesserungen und Sätze, die wir in unser Statut einbauen, eine Belebung der Aktivität erwarten. Wir müssen in einem weitaus verstärkten Maße von der Gesamtpartei über die Länderregierungen den Einfluß auf die großen Publikationsmöglichkeiten der modernen Zeit gewinnen. (Beifall.)

Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß wir in den entscheidenden Positionen führende Genossen haben, die es zulassen, daß der verwaltungsmäßige und publizistische Apparat dieser Organisationen in den Händen unserer politischen Gegner liegt. (Zustimmung.)

Genosse Heine hat uns in seinem Bericht über die Presse einige interessante Zahlen mitgeteilt, die uns zu einem gewissen Optimismus veranlassen könnten. Er hat davon gesprochen, daß die Leserzahl der sozialdemokratischen Zeitungen oder der der Partei nahestehenden Zeitungen größer ist als vor 1933. Das ist objektiv richtig. Aber ich glaube nicht, daß die ideologische Breitenwirkung der parteinahen Zeitungen ähnlich derjenigen Zeitungen ist, die wir vor 1933 hatten. (Sehr gut.)

Hier' erhebt sich die Frage: was können wir von der Partei aus tun, um die Publikationsmöglichkeiten zu vergrößern? Wir haben zu Beginn der Tagesordnung heute durch den Genossen Heine ein Telegramm von einem Betriebsangehörigen einer Aachener Zeitung vorgelesen bekommen, das für die Situation an parteinahen Zeitungen bezeichnend ist. Ich fürchte, daß wir mit fortschreitender Entwicklung des Wirtschaftskampfes im Pressewesen zu Zuständen kommen, die uns vielleicht veranlassen werden, in Zukunft noch mehr Telegramme dieser Art zur Kenntnis nehmen zu müssen. Dem muß man vorbauen.

Ich bitte daher den Parteitag, nach einer entsprechenden Vorbereitung den Parteivorstand zu beauftragèn, seine Einflußmöglichkeiten im Zusammenhang mit der Frage der Wiedererlangung des Vermögens an sozialdemokratischen Zeitungen so zu sichern, daß die Publikationen in erster Linie der Verbreitung unserer Ideen dienen.

Den Ausführungen des Genossen Erler möchte ich in einem Punkte widersprechen. Er meinte - er hat es nicht ganz offen gesagt, - daß unsere Parteiapparatur doch zu sehr den Anschein einer Manager-Organisation bekommen hat. Dem möchte er durch Statutenänderungen vorbeugen. Es gibt Dinge, - und das wißt Ihr als Funktionäre ganz genau - bei denen ihr als Bezirksvorstände und als Parteivorstandsmitglieder wünscht, daß der Parteivorstand und auch die Bezirksvorstände mehr Autorität ausüben könnten, als es uns heute statutenmäßig möglich ist. Ich
werde es ganz konkret sagen: Wir haben ein Statut, das uns nicht ermöglicht, gewisse Ortsvereine zur Durchführung der z. B. Herner-Beschlüsse zu veranlassen. Wir haben ein Statut, das es der Partei nicht ermöglicht, die mit zahlreichen Funktionen beauftragten Genossen zu veranlassen, sich auf drei bis vier Funktionen zu beschränken. Wir haben Bezirksvorstandsmitglieder mit sieben und acht Funkthonen, die vor lauter Funktionen nicht in der Lage sind, auch nur eine dieser Funktionen annähernd richtig durchzuführen. (Beifall.)

Wenn wir eine Herabsetzung oder Verminderung der Funktionshäufung erzielen, werden wir wirklich die Herner Beschlüsse praktisch durchführen können. Ihr wißt ganz genau, daß wir bei Wahlkämpfen meistens immer vor Leuten sprechen, von denen wir ganz genau wissen, daß sie sowieso sozialdemokratisch wählen. Diesen Zustand zu ändern, muß das Hauptanliegen bei den kommenden Beratungen über das Statut sein.

Ich bin der Auffassung, daß wir den Vorschlag des Genossen Erler berücksichtigen sollten, das Statut mit einer Bewährungsfrist anzunehmen, damit alle praktischen Möglichkeiten, die wir heute in der Diskussion aufgezeichnet haben, auf ihren Inhalt und ihre Auswirkung überprüft werden. Dann können wir uns in zwei Jahren ein Grundgesetz geben, nach dem wir entsprechend den modernen Erfordernissen einer sozialistischen Partei neue und richtigweisende Politik machen können. (Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender Meitmann: Es spricht der Genosse Mattick. Ihm folgt der Genosse Ollenhauer.

Kurt Mattick, Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich hoffe, daß der Parteitag dem Vorschlag, den Fritz Erler hier gemacht hat, zustimmt und den § 32 bis zur nächsten Tagung aussetzt. Aber ich fühle mich veranlaßt, die Ausführungen des Genossen Markscheffel zu erwidern. Der Antrag 6, den der Kreis Düsseldorf stellt, dem wir so nicht unsere Zustimmung geben würden, wird von Markscheffel meiner Ansicht nach völlig verkehrt aufgefaßt. Es kommt doch hier nicht darauf an, daß diejenigen, die die Delegiertenzahlen auf dem Parteitag allein entscheiden lassen wollen, den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Ausschusses, der Fraktion und der Kontroll-Kommission nicht zutrauen, daß sie ein Urteil in irgendeiner Frage fällen können. Ich stelle mich aber auf den Standpunkt von Egon Franke, den er vorhin hier vertreten hat, als er gegen den Antrag sprach, daß kleine Kreise durch eine andere Form ein Delegationsrecht erhalten sollen. Der Parteitag wählt den Parteivorstand, der zwischen den Parteitagen die Entschlüsse der Partei zu fassen hat. Der Parteitag setzt sich`aus 300 Delegierten zusammen, die aus einer Schlüsselzahl gewählt sind, also wirklich eine Mitgliederentscheidung verdünnt wiedergeben, ähnlich wie das im Bundesparlament der Fall ist. Wenn bei dieser Entscheidung auf dem Parteitag zu den 300 Delegierten durch den § 10, ich glaube 80 oder 82 zusätzliche Stimmen hinzukommen, verwischen wir das wirkliche Bild, das die Mitglieder auf diesem Parteitag abzugeben haben. (Beifall.) Das ist der Grund, weshalb wir wollen, daß auf dem Parteitag nur die Delegierten zu entscheiden haben, um dann dem Parteivorstand zwischen den Parteitagen das Entscheidungsrecht durch unsere Wahlen und Abstimmungen, die wir treffen, abzutreten. Es ist eine völlig falsche Unterstellung, daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, daß die Genossen, die wir auf zwei Jahre wählen, bei uns nicht das Vertrauen haben, daß sie ein Urteil in irgendeiner Sache abgeben können. Aber genau so wenig, wie wir einer alten Regierung im Parlament zusätzlich das Stimmrecht einräumen, können wir, wenn wir wirkliche demokratische Entscheidungen auf dem Parteitag fällen wollen, es denen einräumen, die nach \& 10 beinahe ein Drittel der nach dem Schlüssel gewählten Delegierten ausmachen.

Vorsitzender Meitmann: Es hat das Wort der Genosse Ollenhauer.
Erichollenhauer: Genossinnen und Genossen! Jack Meitmann hat bereits mitgeteilt, daß wir vorschlagen, die Erledigung aller Anträge zum Geschäftsbericht und auch zum Organisationsstatut zu Beginn der Nachmittagssitzung am Dienstag vorzunehmen, damit nicht der Eindruck entsteht, als wenn wir zu irgend-
einem Zeitpunkt den Parteitag zu einer unüberlegten Entscheidung zwingen wollten. Ich möchte aber zu dem bisherigen Verlauf der Debatte, soweit das Organisationsstatut in Frage kommt, einige Bemerkungen machen, von denen ich wünsche, daß die Delegierten sie auch in ihre Betrachtungen bis zûm Dienstag einbeziehen. Es ist uns hier heute nachmittag eine Flut von Anträgen zum Organisationsstatut vorgelegt worden. Wir werden sie über Nacht alle drucken lassen, und es wird jeder Delegierte morgen vormittag den Wortlaut dieser Anträge zur Hand haben. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß diese Art der Arbeit des Parteitages in diesem Falle nicht ganz gerechtfertigt ist. Wir haben den Entwurf des Organisationsstatutes in monatelanger Arbeit im Organisationsausschuß beim Parteivorstand beraten und beschlossen. Es waren Funktionäre der Partei aus allen Teilen der Organisation an der Arbeit des Organisationsausschusses beteiligt, und keine der Fragen, die heute durch Anträge neu aufgeworfen werden, ist in den Beratungen des Organisationsausschusses unberücksichtigt geblieben.

Weiter: Nachdem der Organisationsausschuß der Partei seine Beratung abgeschlossen hat, hat der Parteivorstand sich mit dem Entwurf, so wie er jetzt vorliegt, beschäftigt, und er hat ihn angenommen.

Wir haben dann den Vorschlag des Parteivorstandes an alle Bezirksorganisationen und alle Parteiausschußmitglieder geschickt.

Die Bezirksorganisationen, das heißt, die Funktionäre der Partei, haben fast ein Vierteljahr Zeit gehabt, sich mit den verschiedenen Problemen des Statuts zu beschäftigen.

Daß die Zeit ausreichend war, geht daraus hervor, daß eine ganze Reihe von Anträgen von den Ortsvereinen eingegangen sind, die sich mit diesem Entwurf auseinandersetzen. Wir haben danach im Parteiausschuß über den Organisations-statut-Entwurf gesprochen. Er ist in allen Einzelheiten beraten worden, und erst nachdem auch der Parteiausschuß zugestimmt hatte, haben wir entschieden, daß wir diesen Entwurf als gemeinsamen Vorschlag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses dem Parteitag unterbreiten. Ich habe mir noch nicht die Unterschriften zu den Anträgen angesehen - aber ich bin sicher, daß einige Parteiausschußmitglieder, die diesem Entwurf zugestimmt haben, jetzt auch neue Abänderungsanträge gestellt haben. Ich möchte das nur feststellen. Es kommt mir darauf an, dem Parteitag klarzumachen, daß der Parteivorstand von sich aus den größten Wert darauf gelegt hat, die Organisation der Partei an der Gestaltung dieses Statutes in stärkstem Maße zu beteiligen. Und ich glaube deshalb, daß gerade dieser Punkt unserer Tagesordnung durch die Diskussion in der Parteiorganisation draußen so vorgebracht worden ist, daß der Parteitag durchaus in der Lage ist, auch in den umstrittenen Fragen eine endgültige Entscheidung zu treffen.

Das ist das eine, was ich dem Parteitag einfach als eine Tatsachenschilderung zur Kenntnis bringen möchte.

Das Zweite: Der wesentliche Teil der Diskussion und der Abänderungsanträge, vor allen Dingen das Schwergewicht der Argumentation, hat hier bei den Rednern, die ihre Anträge vertreten haben, in der Auseinandersetzung über die Frage gelegen: Welche Teilnehmer des Parteitages sollen in Zukunft auf dem Parteitag stimmberechtigt sein? Soll es bei der jetzigen Regelung bleiben, daß neben den Delegierten des Parteitages auch die gewählten Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteiausschuß und der Kontrollkommission Stimmberechtigung erhalten sollen oder nicht?

Es ist allen Genossen bekannt, daß diese Frage nicht zum erstenmal in der Sozialdemokratischen Partéi diskutiert worden ist. Und es ist ja auch bekannt, daß, wenn die Partei bisher immer wieder diese Entscheidung getroffen hat, daß sie es aus guten Gründen getan hat. Es erscheint mir aber notwendig, nach einigen Bemerkungen hier in der Diskussion, doch noch einmal auf einige Gesichtspunkte hinzuweisen.

Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn der Parteitag die Entscheidung über diese Frage etwa unter dem Gesichtspunkt trifft, daß sich hier die Repräsen-
tation der Mitgliedschaft der Partei gegen Vertreter der Parteinstanzen abzugrenzen hätte. Wenn wir das tun, dann verändern wir den demokratischen Grundcharakter unserer Partei von Grund auf. (Zurufe: Sehr richtig!)

Genossinnen und Genossen, - was soll denn die Feststellung, daß wir hier auf einem Parteitag die Delegierten aus der Mitgliedschaft anders behandeln müßten als die Vorstandsmitglieder oder die Parteiausschußmitglieder oder die Mitglieder der Kontrollkommission! Wir haben doch die Genossen auf den Parteitagen deshalb gewählt, weil sie in besonderem Maße das Vertrauen der Partei hatten! (Zuruf: Wird ja gar nicht bestritten!)

Es wird nịcht bestritten - aber was heißt denn ein solcher Beschluß, daß nur die gewählten Delegierten auf dem Parteitag Stimmrecht erhalten sollen? Der Parteitag entscheidet doch nicht darüber allein, ob der Parteivorstand oder die Kontrollkommission oder der Parteiausschuß recht oder unrecht gehabt haben! Der Parteitag entscheidet auch über die politische Linie der Partei in der Zukunft! (Zuruf: Natürlich!)

Und wie ist es dann angängig, daß bei der Diskussion um die Entscheidung gerade die Mitglieder der Partei ausgeschaltet werden sollen, die doch im besonderen Ma a als Vertrauensleute der Partei herausgestellt worden sind?

Genossinnen und Genossen! Wenn Ihr diesen Gedanken zu Ende denkt, und wenn ihr die Mitarbeit dieser Genossen trotzdem als Delegierte erhalten wollt, dann habt ihr entweder die Wahl, Genossinnen und Genossen in die Körperschaften der Partei zu bekommen, die damit einverstanden sind, daß sie bei der letzten Entscheidung über die politische Linie der Partei auf dem Parteitag nicht mitwirken, oder aber Ihr zwingt die Genossen der Parteikörperschaften, sich um die 300 oder 400 Mandate der Delegierten mitzubewerben. (Zurufe: Natürlich!)

Und, Genossinnen und Genossen, ist denn dann die demokratische Vertretung der Mitgliedschaft auf diesem Parteitag mehr gesichert als heute? In keiner Weise? (Zuruf: Sehr richtig!)

Ich bedauere es außerordentlich, daß hier in einer Diskussionsrede die Nuance, als handele es sich darum, sozusagen das demokratische Mitbestimmungsrecht der Mitgliedschaft gegenüber den Vertrauensleuten der Partei in den Parteikörperschaften irgendwie $z u$ distanzieren, so stark betont worden ist.

Ich bitte dringend darum, daß, wenn Ihr über diese Frage bis Dienstag Euch beratet, daran zu denken, daß hier niemand von den Beteiligten im Parteivorstand oder im Parteiausschuß um das formale Recht kämpft, hier abstimmen zu können. Aber Ihr müßt Euch überlegen: Wenn Ihr solchen Anregungen folgt, dann ist das Resultat, daß Ihr die Männer und Frauen, die Ihr gemäß Eurem Vertrauen in die verantwortlichen Körperschaften geschickt habt, bei der endgültigen Festlegung der politischen Linie der Partei durch das Parteitagsvotum ausschartet. Das kann nicht der Sinn einer stärkeren Demokratisierung der Partei sein. Das wesentliche Element der Demokratie in der Partei besteht darin, daß jeder gewählte Funktionär in der Partei vor diesem Gremium sich zu verantworten hat für die Tätigkeit, die er in seinem Amt und im Namen der Partei geleistet hat, und daß der Parteitag souverän ist, jedem Funktionär der Partei das Vertrauen zu entziehen oder neu zu bestätigen. Darauf beruht die Stärke unserer Organisation. Wir glauben, daß es im Interesse der Partei liegt, daß wir auch in diesem Augenblick von der bisherigen Regelung nicht abgehen, sondern den bisherigen Zustand beibehalten, daß auf dem Parteitag bei der politischen Willensbildung der Partei die gewählten Delegierten und die Vertrauensleute der Partei in den Instanzen der Partei gemeinsam die Entscheidung herbeiführen. (Beifall.)

Vorsitzender Meitmann: Wir müssen jetzt die Tagesordnung unterbrechen. Ich habe einige technische Mitteilungen zu machen.

Die Delegierten des Kulturpolitischen Ausschusses hatten beschlossen, heute Abend zu tagen. Die Sitzung findet nicht heute, sondern am Mittwoch statt. Die Uhrzeit und der Tagungsraum werden noch bekanntgegeben.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Landsmannschaften bis Dienstag mittag 12 Uhr ihre Vorschläge für die Wahl des Parteivorstandes einreichen müssen.

Der Weg zum Rathaus führt auf der Straße links vom Gewerkschaftshaus auf der Steinstraße direkt bis zum Rathaus.

Morgen früh, Punkt 9 Uhr, beginnen wir mit dem Tagesordnungspunkt 4: Referat des Genosisen Schumacher.

Ich bitte nunmehr die Genossen, jetzt am Empfang des Senats teilzunehmen. Es sind alle Delegierten eingeladen. Es wird ein kurzer Empfang stattfinden und anschlienend sollen alle verpflegt werden.

Ich schließe die heutige Tagung.

- 18.35 Uhr -
(Montag, den 22. Mai 1950)
Vormittagssitzung.
Der Vorsitzende des Parteitages, Meitmann, eröffnet die Sitzung und erteilt dem Genossen Dr. Kurt Schumacher das Wort zu seinem Referat:


## „Die Sozialdemokratie im Kampf um Deutschland und Europa."

Verehrte Gäste, liebe Genossinnen und Genossen!
Dieser vierte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie nach 1945 findet Aufmerksamkeit deswegen, weil die aktiven Faktoren der deutschen Politik aus dem Stadium des mehr Programmatisch-Deklamatorischen in die Phase der Mitwirkung und der Mitverantwortung getreten sind. Aber tatsächlich hat diese Partei, die wir repräsentieren, von 1945 an wirkliche politische Entscheidungen gefällt, Entscheidungen, die für das politische Gesicht unseres Landes und in manchen Fragen auch darüber hinaus außerordentliche Bedeutung hatten. Dabei ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands immer von der Voraussetzung ausgegangen, daß Deutschland als Ganzes nicht aufgehört hat, als Staat zu existieren, keinen Moment aufgehört hat, als Staat zu existieren! (Sehr richtig!) Keinerlei Handhabung der Besatzungsmacht und keine Unsicherheit bei eigentlich doch zahlreichen Deutschen über dieses Problem hat uns in dieser Linie irre werden lassen. Alle diese Theorien, von dem Aufhören Deutschlands als Staat, von der Notwendigkeit einer Neugründung Deutschlands durch die Länder sind bereits Geistesgeschichte.

Lebendig ist die ungeschriebene Verfassung unseres Volkes, und die heißt: Deutschland ist als Ganzes beieinander, ist als Staat ein einziges großes Ganzes, unbeschadet der Praktizierung der Dinge durch das Legen kleinerer Bausteine zu diesem großen Ganzen.

Ich möchte in diesem Zusammenhange noch daran erinnern, daß bei einer Zusammenkunft einer Delegation des Parlamentarischen Rates mit den drei Hohen Kommissaren am 14. April 1949 der Präsident des Parlamentarischen Rates in seinem Auftrag eine Ansprache an die Hohen Kommissare hielt, in der es wörtlich hieß: „Dabei gehen wir davon aus, daß das Besatzungsstatut mit unserer Auffassung über die staatliche Fortexistenz Gesamtdeutschlands übereinstimmt und den Anspruch des deutschen Volkes auf Wiederherstellung seiner politischen und wirtschaftlichen Einheit gewährleistet."

Der Verfasser dieser Formulierung ist der Sozialdemokrat August Zinn (MdB), und die drei Hohen Kommissare haben mit keinem Worte dieser Darstellung widersprochen.

Die Einheit aber, Genossinnen und Genossen, ist etwas, das weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinausgeht; es umfaßt die sowjetische Besatzungszone, Berlin, die Gebiete östlich der Oder und Neiße und das Saargebiet. (Beifall.) Legitimiert zum Aussprechen von Ansprüchen und zum Aussprechen von Verzichten aber sind nicht alle Parlamente und parlamentsähnlichen Institutionen, die wir in Deutschland haben. Legitimiert, stellvertretend für das Ganze zu sprechen ist nur das de-

